

KOLUMBIEN

„Hierarchie der Opfer“

Thorsten Mense

Hunderttausende Menschen haben am vergangenen Sonntag weltweit für die Freilassung der verbleibenden Farc-Geiseln und für die „Freiheit“ in Kolumbien demonstriert. Die Verfolgung von Gewerkschaftern und sozialen Aktivisten findet dagegen wenig internationale Beachtung.

Nach der spektakulären Befreiung der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt, berühmteste Geisel und Hauptpfand der „Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens“ Farc, sehen viele die kolumbianische Guerilla endgültig an ihrem Ende angelangt. Dass die Militärs bei der Trick-Befreiung auch das Logo des Roten Kreuzes verwendet haben und damit nicht nur gegen die Genfer Konvention verstoßen, sondern auch zukünftige Verhandlungen durch neutrale Vermittler stark erschwert haben, tut der internationalen Zustimmung für die Politik des kolumbianischen Präsidenten Álvaro Uribe keinen Abbruch. Am vergangenen Sonntag waren in Kolumbien und über 40 Städten auf der ganzen Welt Hunderttausende Menschen für die Freilassung der verbleibenden 700 Geiseln der linken Guerilla auf die Straße gegangen. Auch kolumbianische Menschenrechtsgruppen hatten zu dem Protest aufgerufen und demonstrierten so gemeinsam mit der Regierung, von der sie sonst in die Nähe der Guerilla gestellt werden. Die Bedingungen für eine friedliche Lösung sehen jedoch nicht gut aus.

Anfang Juli veröffentlichte der lateinamerikanische Fernsehsender Telesur eine Erklärung der Guerilla, dass sie nicht mit Uribe persönlich verhandeln werde, da „nur eine neue, wirklich demokratische Regierung den Weg zu einer politischen Lösung des sozialen und bewaffneten Konfliktes“ wieder aufnehmen könne, so die Farc. Das Kommuniqué war auf Ende Juni, also noch vor der Befreiungsaktion, datiert. Stattdessen wünscht sich die Farc den Ex-Sandinisten und derzeitigen Staatschef Nicaraguas, Daniel Ortega, als Vermittler.

Die kolumbianische Regierung hingegen will gar keine Vermittler mehr. Vor zwei Wochen setzte sie die Schweiz, Frankreich und Spanien als Konfliktvermittler ab, und will nun den „direkten Dialog“ mit der Farc suchen. Wie der „direkte Dialog“ aussehen wird, zeichnet sich bereits ab: Vergangene Woche gab Uribe bekannt, 2,3 Millionen US-Dollar für den Anti-Guerilla-Kampf in der Region Neiva bereitzustellen. Die regierungsnahen Tageszeitung „El Tiempo“ berichtet unter Berufung auf Regierungsquellen, dass mit der „größten bisher gesehenen Militäroffensive“ zu rechnen sei, sollten von der Guerilla nicht in Kürze klare Friedensangebote kommen. Selbst die befreite Betancourt veranlasste dies zu Kritik am „radikalen und hasserfüllten Vokabular“. „Für Uribe bedeutet das Ende der Farc die Wiederherstellung des Friedens. Für mich wird der Frieden in Kolumbien durch soziale Veränderungen erreicht“, so Betancourt. Für

ein Ende des sozio-politischen Konfliktes braucht es tatsächlich mehr als das Verschwinden der Guerilla.

Das zeigt auch ein Besuch in Bucaramanga. Die „hübsche Stadt“, so das offizielle Motto, liegt von Bergen umgeben im Nordosten Kolumbiens und ist das Zentrum der Region Santander. Die Fußgängerzone im Zentrum der Stadt wird tagsüber von Massen an Straßenverkäufern überschwemmt. Viele der Menschen, die Bleistifte, Handytaschen und geröstete Riesennameisen - die Spezialität Bucaramangas - verkaufen, gehören zu den über 30.000 Vertriebenen, die alleine im Nordosten Kolumbiens vor bewaffneten Auseinandersetzungen auf dem Land fliehen mussten. Sie bewohnen ärmliche Siedlungen am Stadtrand, zum Teil ohne fließend Wasser und fast immer ohne Perspektive. Wer nicht selber zu den landesweit vier Millionen Binnenflüchtlingen gehört, bekommt von deren Leidensgeschichte und Lebensbedingungen wenig mit.

„Diese Probleme sind unsichtbar“, sagt Christian Gómez, der sich in der Menschenrechtsorganisation Compromiso für Vertriebene einsetzt. In der Bevölkerung gebe es so gut wie keine Solidarität mit ihnen, ganz im Gegenteil: „Sie sind stigmatisiert. Viele denken, es wird schon seine Gründe haben, dass diese Menschen verfolgt oder vertrieben wurden.“

Ebenso unsichtbar wie die Situation der Vertriebenen ist die Repression gegenüber den sozialen Bewegungen. Fernando Porras sitzt im Gebäude des

Gewerkschaftsdachverbandes CUT („Central Unitaria de Trabajadores“) in der Innenstadt von Bucaramanga. Porras ist der regionale Menschenrechtsbeauftragte der CUT, mit einer halben Million Mitgliedern der größte gewerkschaftliche Zusammenschluss Kolumbiens.

Multinationale Firmen spielen eine nicht unbedeutende Rolle in dem Konflikt. Immer wenn Arbeitskämpfe aufkommen, nehmen auch die Bedrohungen und Ermordungen zu.

Wer das unscheinbare und leicht heruntergekommene Gebäude betritt, muss zunächst am bewaffneten Sicherheitsdienst vorbei. Die dort ansässigen Gewerkschaften und ihre Mitglieder bekommen fast täglich Morddrohungen. Erst im vergangenen September wurde der 16-jährige Sohn von José Domingo Florez, der bei der Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal aktiv und an der Boykott-Kampagne gegen Coca-Cola beteiligt ist, von Unbekannten entführt. Sie fuhren mit ihm mehrere Stunden in einem Kleintransporter durch die Stadt, verprügelten ihn und ließen ihn außerhalb der Stadt in einem Straßengraben liegen. Die letzte Drohung bekam Florez per Post Ende Juni ins Haus: „Passt auf, ihr Hunde und Hurensöhne, ihr wer-

FOTO: CALLE CONTROVERSA / FLICKR



Haben ihre Aktivitäten vom Land in die Städte verlegt: Kolumbiens Paramilitärs.

det sterben“, heißt es dort zusammen mit der Ankündigung, seinen Sohn „gevierteilt“ zu übergeben. Unterzeichnet war der Brief von der paramilitärischen Gruppe Aguilas Negras („Schwarze Adler“). Diese Gruppe ist derzeit hauptverantwortlich für die Gewalt gegen soziale Aktivisten und Menschenrechtsverteidiger, die sie in Emails, Briefen und Anrufen als „militärische Ziele“ deklariert. Seit dem offiziellen Ende des Paramilitarismus haben sich in Kolumbien viele neue paramilitärische Gruppen gegründet. „Diese sind nun in den Städten aktiv“, erklärt Gómez von Compromiso. Dort agieren sie als rechtsextreme „Bürgerwehren“, kontrollieren den Drogenhandel, erpressen Schutzgeld und vertreiben oder ermorden diejenigen, die sich wehren. „Was sie machen ist eine soziale Säuberung“, so Porras von der CUT. Durch den Wechsel vom Land in die Stadt ergibt sich ein weiteres Problem: Die Vertriebenen müssen nun Haus an Haus mit denen wohnen, die sie vorher vertrieben haben. Viele Binnenflüchtlinge wechseln daher wiederum ihren Wohnort.

Auch die Form der Gewalt hat sich verändert. „Früher haben sie dich auf offener Strasse mit einem Kopfschuss hingerichtet oder sind in ihren Uniformen zu deinem Haus gekommen und haben die Morddrohung an deine Tür gehängt. Heute werden Gewerkschaftler zum Beispiel mit Messern getötet. Die Polizei sagt dann, es war ein normaler Raub“, erklärt der CUT-Aktivist Porras. Gewalt gegen Gewerkschaftler wird von den Behörden oft

als Straßenkriminalität oder persönliche Streiterei abgetan. „Da die Regierung die Existenz der Paramilitärs verneint, gibt es für sie auch nichts zu bekämpfen“, so Porras.

Während die Paramilitärs die „Schmutzarbeit“ erledigen, wie es der Direktor von Compromiso, Jorge Castellanos, ausdrückt, verhindern viele Firmen gewerkschaftlichen Protest mittels der Zahlung von Schweigegeldern, mit Entlassungsdrohungen oder Zeitverträgen, in denen den Arbeitern gewerkschaftliche Organisation verboten wird. Luis Eduardo García, Vorstandsmitglied bei Sinaltrainal, hatte die Boykott-Kampagne gegen Coca-Cola mit ins Leben gerufen. An den schlechten Arbeitsbedingungen hat sich seit dem Beginn der Kampagne García zufolge wenig geändert: „Die Firma verneint weiterhin die Rechte der Arbeiter, die internationalen Abkommen und die Menschenrechte.“ Viele der 600 Arbeiter der Coca-Cola-Fabrik in Bucaramanga müssten 14 Stunden täglich arbeiten und bekämen dafür gerade mal acht Dollar pro Tag. „Sie behandeln uns wie Maschinen, nicht wie Menschen. Wir kämpfen für unsere Würde“. Trotzdem ist er ebenso wie Porras überzeugt, dass die internationale Kampagne etwas gebracht hat: „Die betroffenen Gewerkschaften waren fast komplett ausgelöscht. Es sind zwar nur wenige übrig geblieben, aber ohne den internationalen Druck würden auch diese nicht mehr existieren.“

Multinationale Firmen spielen eine nicht unbedeutende Rolle in dem

Konflikt. Immer wenn Arbeitskämpfe aufkommen, nehmen auch die Bedrohungen und Ermordungen zu, erzählt Porras. Gegen Nestlé und Coca-Cola haben die Gewerkschaften daher Anklagen wegen Unterstützung der Paramilitärs eingereicht.

Aufgrund der sehr gewalttätigen jüngeren Geschichte Kolumbiens hat sich in weiten Teilen der Bevölkerung die Überzeugung durchgesetzt, dass es am Besten ist, wenn man nichts hört und nichts sieht. Zudem sehen viele Menschen in der linken Guerilla das größte, wenn nicht sogar einzige Problem der Demokratie in Kolumbien und haben so das Bild übernommen, das die Medien und die Regierung vermitteln. Gómez spricht von einer „Hierarchie der Opfer in den Medien“. Tatsächlich setzen sich in Kolumbien und weltweit Künstler, Prominente und Politiker für die verbleibenden 700 Geiseln der Farc ein, während etwa von den 2.500 Gewerkschaftlern, die in den letzten zwanzig Jahren ermordet wurden, selten die Rede ist. Wie beim Aktionstag am vergangenen Sonntag berichteten internationale Medien auch Anfang Februar ausführlich über den von der Regierung organisierten Protestmarsch unter dem Motto „Schluss mit der Farc“.

Dass Anfang März über eine Million Menschen für die „Opfer des Paramilitarismus und der Verbrechen des Staates“ auf die Strasse gegangen waren, konnte man hingegen in den wenigsten internationalen Zeitungen lesen. Ebenso wenig, dass mehrere Organisatoren kurz nach der De-

monstration ermordet aufgefunden wurden.

Erstaunlicherweise stehen selbst viele Vertriebene und andere Opfer des Konfliktes hinter Präsident Álvaro Uribe, der mit seiner militärischen Konfliktlösung dem Wunsch nach einer starken Führung gerecht wird. Nach der Befreiung Ingrid Betancourts stieg die Unterstützung seiner Politik einer Umfrage der liberalen Wochenzeitung Zeitung „El Espectador“ zufolge sogar auf 91 Prozent an. Obwohl fast die Hälfte der Kolumbianer in Armut lebt und 61 Prozent der Ländereien in der Hand von weniger als einem halben Prozent der Bevölkerung liegen, sind auch viele Menschen aus den unteren Schichten euphorisch über den andauernden wirtschaftlichen Aufschwung. Beste Voraussetzungen für die von Uribe angestrebte Verfassungsänderung, mit der er seine erneute Wiederwahl 2010 ermöglichen will.

Nächste Woche:

Wohin steuert die Türkei?

Der Demokratisierungsprozess scheint ins Stottern zu geraten. Ein woxx-Dossier zur Einschätzung der Lage das auch Oppositionelle zu Wort kommen lässt.